

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 Mk.

Fernsprecher Nr. 3538.
Redaktionschluß Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pf. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pf.

No. 9

Cöln, den 24. April 1915.

III. Jahrgang.

Unser Verband im Jahre 1914.

1. Mitgliederbewegung.

Im verflossenen Jahre brachten wir in Nr. 11 unseres Organs den Jahresbericht für 1913 zur Veröffentlichung. Damals konnte über eine erfreuliche Entwicklung des Verbandes berichtet werden und zwar sowohl hinsichtlich der Mitgliederbewegung wie der Massenverhältnisse. Diese günstige Entwicklung war auch für das Jahr 1914 zu erhoffen, zumal sich die erste Jahreshälfte recht gut anließ. Doch es sollte anders kommen. Mit rauher Hand zerstörte die Kriegsfurie so viele schönen Pläne und Hoffnungen und verschonte dabei die Gewerkschaften nicht. Auch sie haben gewaltig unter dem Kriege gelitten und noch zu leiden. Das betrifft sowohl die Mitgliederzahlen, die ganz erheblich sinken, wie die Massenverhältnisse, denen bei sinkenden Einnahmen ständig steigende Ausgaben gegenüberstehen, wie die praktische gewerkschaftliche Arbeit, die sich nicht in dem Maße entfalten kann wie in Friedenszeiten.

Aus Tabelle 1 ist die Entwicklung der Mitgliederverhältnisse ersichtlich. In den ersten drei Quartalen wurden noch 9 Ortsgruppen neu gegründet, denen aber 8 gegenüberstehen, die eingegangen sind. Am Jahreschluß bestanden demnach 80 Ortsgruppen gegen 79 am Jahresanfang, also 1 mehr. Leider wird damit zu rechnen sein, daß noch weitere Ortsgruppen während der Kriegsdauer eingehen, da es an einzelnen Stellen an jeglicher Leitung fehlt.

Die Mitgliederzahl betrug am 1. Januar 1914: 4513, am 31. Dezember dagegen 2646, sodaß sich ein Verlust von 1867 ergibt. Dieser Verlust ist fast ganz auf die zum Militär Eingezogenen zu buchen, deren Ziffer sich auf 1706 beläuft, wogegen der sonstige Zu- und Abgang mit 1450

bezw. 1611 beträgt. Das erste Quartal schloß mit einem Mehr von 255, das zweite mit einem Mehr von 107 Mitgliedern ab, so daß am Schluß des 2. Quartals die Mitgliederziffer auf 4875 gestiegen war. Dagegen brachten die beiden letzten Quartale einen Verlust von 1785 bzw. 444 Mitgliedern. Die Zahl der Todesfälle beträgt für das ganze Jahr 70, wovon 34, also rund die Hälfte, allein auf das 4. Quartal entfallen. Das Mehr entfällt auf die im Kriege gefallenen Kollegen. Bemerkenswert sind noch die Ziffern des dritten Quartals bezgl. der Aufnahmen und Austritte. An Aufnahmen und Uebertritte waren insgesamt 198 zu verzeichnen, wogegen die Austritte sich auf 514 belaufen, also 316 an Abgang mehr. Damit wird unsere wiederholt ausgesprochene Ansicht bestätigt, daß in den Kriegswochen viele Kollegen geradezu kopflos waren und glaubten, alle gewerkschaftliche Arbeit sei nun zwecklos. Allmählich haben sich dann die Gemüter wieder beruhigt, wofür auch der um 298 geringere Abgang im 4. Quartal spricht, der mit 216 die geringste Ziffer im ganzen Jahre darstellt.

Es ist noch nicht abzusehen, welche Wirkungen der Krieg noch weiterhin ausüben wird. Das beste Mittel, sich über alle Schwierigkeiten hinwegzusetzen, ist unverdroffene Weiterarbeit. Dem Mutigen gehört die Welt, das Wort sehen wir bei unseren tapferen Kriegern bewahrheitet, es muß und wird sich auch bei uns erfüllen.

2. Massenverhältnisse.

Das Rückgrat einer jeden gesunden Organisation müssen gute Massenverhältnisse bilden. Wo diese fehlen, wird auch auf allen anderen Aufgabengebieten kein Erfolg zu verzeichnen sein. In Anbetracht der obwaltenden Umstände

Ortsgruppen und Mitglieder im Jahre 1914.

Quartal	Ortsgruppen				Mitglieder.										
	Zugang		Abgang		Zugang						Abgang				
	Best. am Anfang	Zu	Ab	Best. am Schluß	Bestand am Anfang	Aufgenommen	Uebertritt	Gesamt Zugang	Austritte	Ge- storben	Militär	Gesamt Abgang	Bestand am Schluß des Quartals	mehr gegen das vorige Quartal	wen. geg. d. vorige Quartal
1.	70	2	1	80	4513	564	59	623	359	9		368	4768	255	—
2.	80	4	1	83	4768	495	74	569	452	10		462	4875	107	—
3.	83	3	5	81	4875	127	71	198	514	17	1452	1983	3090	—	1785
4.	81	—	1	80	3090	45	15	60	216	34	254	504	2646	—	444
	79	9	8	80	4513	1231	219	1450	1541	70	1706	3317	2646	362	2229

Abchluß: Ortsgruppen am Jahresanfang 79

" " " Jahreschluß 80

Also mehr 1

Mitglieder am Jahresanfang 4513

" " " Jahreschluß 2646

Also weniger 1867

tann die Entwicklung unserer Kassenverhältnisse im Berichtsjahr eine befriedigende genannt werden. Die Gesamteinnahmen übersteigen die Ausgaben um 10 430,48 Mk., so daß sich der Kassenbestand am Schlusse des Jahres auf 44 080,78 Mk. stellte. Davon in der Hauptkasse 37 258,52 Mk. und in den Lokalkassen 6 822,26 Mk. Die Mehreinnahmen der Hauptkasse betragen 10 741,42 Mk., während sich der Bestand der Lokalkassen um 310,94 Mk. verminderte. Die Zunahme in der Hauptkasse ist fast ausschließlich auf die zwei ersten Quartale zurückzuführen. Das dritte Quartal, worin bereits zwei Kriegsmomente fielen, zeigte noch einen kleinen Ueberschuß, während das vierte in der Hauptkasse nur dadurch in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen werden konnte, daß diesem Quartale die Zinsen vom ganzen Jahre in Einnahme gesetzt wurden, während sich in den Lokalkassen bereits eine Mehrausgabe ergab. Da ein großer Teil der Ortsgruppen die bewilligten außerordentlichen Unterstützungen erst im ersten Quartal ausgezahlt hat, kommen diese in dem vorliegenden Jahresabschlusse, der sich an anderer Stelle dieser Nummer befindet, noch nicht ganz zur Geltung. Die Wirkungen des Krieges auf den Verband werden erst in diesem Jahre voll zum Ausdruck kommen. In den Gewerkschaftskreisen aller Richtungen wird seit längerer Zeit schon die Frage recht ernsthaft erwogen, ob eine weitere Ausdehnung des Unterstützungswesens, insbesondere der Krankenunterstützung, da nach dieser Richtung hin die gesetzlichen Unterstützungseinrichtungen sehr wesentliche Fortschritte gemacht hat, noch mit den eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften zu vereinbaren sei. Dann aber auch, weil die Rechtsprechung sich in der letzten Zeit auf den Standpunkt gestellt hat, daß die Krankenkassen berechtigt seien, den den vollen Lohn übersteigenden Betrag an Unterstützungen auch der der Gewerkschaften, vom Krankengeld in Abzug zu bringen. Von dem Unterstützungswesen in unierem Verbands kann gesagt werden, daß es sich in guter Verfassung befindet. Ein Vergleich mit dem der übrigen christlichen Gewerkschaften, wie auch der gegnerischen Verbände haben wir nicht zu fürchten. Auch während des Krieges wurden sämtliche satzungsgemäßen Unterstützungen voll, ohne jede Kürzung aufrechterhalten, durch die Gewährung einer einmaligen Unterstützung, sowie des vollen Sterbegeldes auch an die Angehörigen der gefallenen Krieger sogar darüber hinaus gegangen. Von den Einnahmen wurden 28 897,57 Mk., das sind 35,2 Prozent, an Unterstützungen den Mitgliedern in baar wieder ausgezahlt. Ein Prozentfuß, wie er nur in ganz vereinzelt Verbänden zu verzeichnen ist. Den Hauptposten macht hier die Krankenunterstützung mit 17 851,60 Mk. aus. Ohne Zweifel wird sich dieser Posten in den nächsten Jahren noch erheblich erhöhen, da sich der Gesundheitszustand unserer Kollegen, die monatelang im Schützengarten bei Frost, Schnee und Regen gelegen haben, dadurch gewiß nicht gebessert hat. Die Höhe der bis heute, 15. April aufgewendeten Summe für Kriegerunterstützungen und Sterbegeld für die gefallenen Kollegen dürfte insgesamt bereits 14 000 Mk. überstiegen haben.

Die Verantwortung, welche die Leitung des Verbandes trägt, verbietet es, weitergehenden Wünschen verschiedener Mitglieder die Zustimmung zu erteilen.

Dieses befriedigende Ergebnis ließe sich nur dadurch erzielen, daß in der Verwaltung die äußerste Sparsamkeit, soweit sie noch irgendwie mit den Aufgaben des Verbandes zu vereinbaren war, herrschte. Dieser Grundsatz dürfte auch in mancher Ortsgruppe mehr Beachtung finden. Die Summe von 10 545,11 Pfg., die aus den Lokalkassen für Verwaltung ausgegeben wurde, könnte zum Teil für andere Zwecke

freigemacht werden. Aufgaben der Ortsgruppenvorstände dürfte es sein, ihre Abrechnungen nach dieser Richtung hin einer genaueren Durchsicht zu unterziehen.

Hoffen wir, das die Zeit nicht mehr fern ist, wo der uns aufgedrungene Kampf für uns siegreich beendet ist. Sedenfalls wird es uns dann möglich sein, noch ein besseres Bild von diesem Jahre zu geben.

3. Lohnbewegungen und Erfolge.

Infolge des Krieges umfaßt der Bericht hierüber nur sieben Monate, Januar bis einschl. Juli, da fünf Monate auf die Kriegszeit entfallen, während der hinsichtlich der Lohnbewegungen gleichsam Waffenstillstand herrschte. Allerdings waren auch in dieser Zeit an einigen Orten Verschlechterungen abzuwehren, andererseits wurden, meist mit gutem Erfolg, Schritte getan, um für die städt. Arbeiter und Straßenbahner, die ins Feld rücken mußten, angemessene Unterstützung bezw. Lohnfortzahlung zu erlangen. Sondern sind durch den Kriegsausbruch eine Reihe von Eingaben zwecks Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse unerledigt geblieben.

Die Gesamtzahl der geführten Lohnbewegungen betrug 31, gegen 37 im Vorjahre. 16 wurden von uns im Berichtsjahre eingeleitet, während 15 noch aus dem Vorjahre datierten. Die Zahl der erledigten Bewegungen beträgt 16, während 14 infolge des Krieges nicht zum Abschluß kamen und 1 wegen des Eingehens der betr. Ortsgruppe (Wangen) nicht weiter verfolgt wurde.

Von den 16 beendigten Lohnbewegungen hatten 12 vollen Erfolg, 3 teilweisen, 1 keinen Erfolg. An demselben waren 529 Mitglieder beteiligt, wogegen die Gesamtzahl der Beteiligten 1360 betrug. Der Gesamterfolg an erzielten Lohn-erhöhungen beträgt in 12 Fällen etwa 75 000 Mk., wovon etwa 50 000 Mk. auf unsere Mitglieder entfallen. Die Lohn-erhöhungen betragen in vier Fällen 60 Mk. pro Jahr und Kopf des Arbeiters, ferner in je einem Falle 24—72 Mk.; 60—180 Mk.; 100 Mk.; 48—132 Mk.; 75—90 Mk.; 120—312 Mk.; 30—90 Mk.; 90—240 Mk.; daneben wurden noch in 2 Fällen die Ueberstundenlöhne um 10—15 Pfg. die Stunde erhöht, sowie die Fristen zur Erreichung des Höchstlohnes verkürzt; in drei Fällen Arbeiterausschüsse eingeführt. Ferner wurden noch Verlängerung des Urlaubs, Erhöhung der Kinderzulagen, Beseitigung der Altersgrenze bei Einstellung von Arbeitern und Herabsetzung der Altersgrenze beim Bezug von Ruhegeld erzielt. In zwei Fällen wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit erreicht von je 3 bez. 6 Stunden pro Woche. In einem Falle wurde statt einer allgemeinen Lohnerhöhung eine Kinderzulage bewilligt. Ueber das Erreichte in den einzelnen Orten gibt noch folgende Zusammenstellung Aufschluß.

Amberg. Den städtischen Arbeitern wurde auf unseren Antrag eine Lohnzulage von 20 Pfg. für den Tag bewilligt, sowie eine neue Arbeitsordnung und Arbeiterausschüsse eingeführt.

Berlin. Die Arbeitszeit bei dem Kgl. Museum wurde für sämtliche Häuser einheitlich auf 9 Stunden festgesetzt. Sie hatte bis zum 1. April in den meisten 9½ Stunden betragen. Am 12. Mai wurden auf Grund unserer Eingabe die übrigen Wünsche der Arbeiterschaft im Abgeordnetenhaus besprochen. Eine Verwirklichung derselben ist bisher nicht zu verzeichnen; sie wird aber hoffentlich auch nicht mehr allzulange auf sich warten lassen.

Bromberg, Straßenbahner. Hier gelang es, trotzdem die Kollegen noch nicht lange dem Verbands angehörten, annehmbare Verbesserungen zu erzielen. Die Führer erhielten ab 1. April eine monatliche Lohnzulage von 6 Mk., die Schaffner eine solche

von 2 Mk. Die Ueberstunden werden mit 40 Pfg. die Stunde bezahlt, statt mit 30 Pfg. Ebenso erhalten die Ausschüßschaffner 40 Pfg. gegenüber 25—30 Pfg., wie sonst üblich. Die Gesamtaufbesserungen betragen etwa 4500 Mk. im Jahr.

Bruchsal. Unserer Eingabe entsprechend wurde ein neuer Lohn tarif eingeführt und einige andere Verbesserungen. Die Löhne wurden allgemein um 20 bis 60 Pfg. pro Tag erhöht; daneben blieben die besonderen Zulagen für einzelne Sparten bestehen. Urlaub, der früher erst nach fünfjähriger Dienstzeit gewährt wurde, wird jetzt bereits nach 1 Jahre gewährt. Die Altersgrenze von 35 Jahren, die für die Einstellung von Arbeitern galt, wurde beseitigt. Ruhe lohn berechtigung gilt nach zehnjähriger Dienstzeit vom 30. Lebensjahre ab; bisher erst vom 35. ab.

Cleve. Hier hatte unser Vorgehen den Erfolg, daß die Löhne der Gaswerksarbeiter durchweg um 30 Pfg. pro Tag aufge bessert wurden. Zur Einführung der beantragten Ruhegeld- und Hinterbliebenenversorgung konnte man sich noch nicht entschließen.

Danzig. Für den Fuhrpark wurde auf unsere Eingabe hin, ein neuer Lohn tarif eingeführt. Die Anfangslöhne wurden von 83 auf 87 Mk., die Endlöhne von 86 auf 97 Mk. erhöht. Für letztere kommt ein großer Teil der Kollegen in Betracht, die dadurch eine ansehnliche Lohnaufbesserung erhalten.

Graubenz. Den städtischen Arbeitern wurden gemäß unserem Antrage die Löhne um 25 bis 30 Pfg. täglich erhöht. — Dagegen lehnte die Direktion der städtischen Straßenbahn die beantragte Lohnerhöhung ab. Doch wird man auch in diesem Betriebe den berechtigten Wünschen der Personals über kurz oder lang erfüllen müssen.

Hildesheim. Anstelle einer allgemeinen Lohnerhöhung, die wir gefordert hatten, wurde eine Kinderzulage eingeführt. Sie beträgt für das dritte und jedes weitere Kind bis zum 16. Lebensjahre 40 Mk. pro Jahr. Voraussetzung zum Bezuge dieser Zulage ist eine zweijährige Dienstzeit des Arbeiters.

Mülheim a. Rhein. Durch die Eingemeindung der Stadt mit Böln am 1. Juni wurde die Lohnbewegung erledigt. Mit Wirkung vom 1. April ab wurden die städtischen Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingeführt, die wesentlich bessere wie die früheren Mülheimer sind.

Einen beachtenswerten Erfolg erzielten die Kollegen bei der Mülheimer Kleinbahngesellschaft. Auf unsere Eingabe hin wurden die Monatslöhne um 10 bis 26 Mark erhöht. Für Ueberstunden werden bezahlt: 44 bis 60 Pfg. für Schaffner und 51 bis 67 Pfg. für Fahrer. Die Frist zur Erreichung der Höch stlöhne wurde von 12 auf 10 Jahre verkürzt. Der jährliche Urlaub wurde um je 2 Tage vermehrt. Sodann wurde noch ein Arbeiterausschuß eingerichtet.

Neuß. Auf unser Betreiben wurde bei der städtischen Straßenbahn ein Arbeiterausschuß eingerichtet. Dessen Aufgabe soll es auch sein, über die weiteren Forderungen mit der Verwaltung zu verhandeln. Infolge des Kriegsausbruches ist es dazu nicht gekommen.

Pasing. Unsere Eingabe zeitigte den Erfolg, daß für die städtischen Arbeiter eine Lohn tafel geschaffen wurde. Der Grundlohn beträgt 3.50 Mk. Der Höch stlohn 4.50 Mk. Von drei zu drei Jahren tritt eine Zulage von 20 Pfg. ein. Invalide Arbeiter erhalten den Grundlohn ohne Zulagen. Vollwertige Arbeiter erhalten jährlich Urlaub von 3—6 Tagen. An Samstagen ist eine, an den Vorabenden von hohen Festtagen zwei Stunden früher Arbeits schluß.

Passau. Vom 1. Jan. 1914 ab wurden die Löhne um 10 Pfg. für die Arbeiter des Elektrizitätswerkes jedoch um 30 Pfennig für den Tag erhöht. Unsere weitergehenden Wünsche auf Verkürzung der Arbeitszeit, Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage, Lohnfortzahlung in Krankheits- und sonstigen Behin-

derungsfällen, glaubte der Magistrat nicht erfüllen zu können. Doch aufgeschoben, ist nicht aufgehoben, besonders, wenn die Kollegen treu zusammenstehen.

Siegen. Im Frühjahr wurde die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt und gleichzeitig der Lohn um 2 Pfg. die Stunde erhöht. (Im Vorjahre waren die Löhne ebenfalls um 20 Pfg. für den Tag erhöht, die beantragte Verkürzung der Arbeitszeit aber abgelehnt worden.)

Trier. Einen günstigen Abschluß nahm unsere Lohnbewegung in Trier. Nachdem im Vorjahre einige besondere Lohnzulagen beim Fuhrpark und Gaswerk bewilligt worden waren, trat mit dem 1. April 1914 eine neue Lohn tafel in Kraft, die eine wesentliche Erhöhung der Löhne enthält. Ebenso wurden die Kinderzulagen aufge bessert. Die Lohnerhöhungen betragen für das Fahrpersonal der Straßenbahn 5 Mk. im Monat; für die übrigen Arbeiter 30 bis 80 Pfg. pro Tag. Die Kinderzulagen werden jetzt schon von drei Kindern ab gewährt, früher erst vom vierten ab. Zudem wurden die Zulagen von 24 Mk. auf 40 Mk. pro Jahr erhöht. Die Fristen zur Erreichung der Höch stlöhne wurden von 17—18 Jahren herabgesetzt auf 11—12 Jahre. Diese Aufbesserungen betragen im Jahre rund 19000 Mark.

Würzburg. Die Lohnbewegung der Straßenbahner, die überwiegend unserem Verbands angehören, fand ihren Abschluß mit folgenden Lohnaufbesserungen: Wagenführer, Streckenwärter und Wagenwäscher fünf Mk. monatlich mehr, Werkstattarbeiter zwei Pfennig mehr pro Stunde. Die Ueberstunden werden für die drei Gruppen mit 25 Prozent Zuschlag vergütet. Sofern die Werkstattarbeiter außerhalb des Depots Ueberstunden leisten, erhalten sie hierfür 50 Pfg. pro Stunde Extraver gütung neben dem gewöhnlichen Stundenlohn.

Die vorstehenden Bewegungen wurden mit Ausnahme der letztgenannten, an der auch der sozialdemokratische Transportarbeiterverband beteiligt war, sämtlich von unserem Verbands allein geführt. Außer diesem sind noch einige Neuregelungen zu erwähnen, die auf Grund früherer Forderungen der Organisationen erst in diesem Berichtsjahre vorgenommen wurden und zwar:

In Frankfurt a. M. sollte auf Magistratsbeschuß am 1. April 1914 für die unteren Lohnklassen 1 und 2, eine Lohnerhöhung von 20 Pfg. pro Tag eintreten. Jedoch wurde die Sache verzögert und die Erhöhung von den Stadtverordneten erst Ende Juli beschloffen. Da unmittelbar darauf der Krieg ausbrach, wurde der Beschuß nicht ausgeführt, d. h. die Auszahlung der höheren Löhne erfolgte nicht. Den Arbeitern bleibt nur der billige Trost, daß die Erhöhung beschloffen ist.

In Heidelberg wurden für alle Betriebe der Stadt Arbeitsordnungen erlassen und Arbeiterausschüre eingerichtet. Die Arbeitszeit wurde von 10 Stunden auf 9 Stunden 40 Minuten herabgesetzt. Für die gleichen Berufsarten in den verschiedenen Betrieben wurden die gleichen Anfangs- und Höch stlöhne festgesetzt.

In Mainz, wo im Jahre 1913 auf Betreiben der Handelskammer eine Verkürzung der Arbeitszeit seitens der Stadt abgelehnt worden war, wurde zu Beginn 1914 die Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden herabgesetzt. Für die Feuerhausarbeiter des Gaswerks besteht schon seit Jahren die achttündige Schicht.

München: Am 1. Juli gelangte eine neue Lohn tafel zur Einführung. Danach wurden die Löhne um 10 bis 20 Pfg. pro Tag aufbe bessert. Bezgl. der Arbeitszeit an den Tagen vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten und Neujahr wurde bestimmt, daß dieselbe um 2 Uhr nachmittags endet.

Regensburg. Die im Juli 1911 gewährte Feuerungszulage von 5 Mk. monatlich für männliche und 3 Mk. für weibliche Arbeiter war bereits 1912 für die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke in den Lohn miteingeschloffen worden. Im

Laufe dieses Jahres geschah das auch für die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen. Erstere erhielten 3 Pfg., letztere 2 Pfg. mehr pro Stunde. Die Löhne der Erdarbeiter bei den Gas- und Wasserwerken wurden um 2 Pfg. erhöht. Diese Neuregelung erfordert 6000 Mk. im Jahr.

Diese kurze Uebersicht zeigt wieder zur Genüge, wie erfolgreich unsere gewerkschaftliche Arbeit gewesen ist. Ohne den Krieg wäre der Abschluß zweifellos noch viel günstiger gewesen, da manche Lohnbewegungen damals kurz vor ihrem Schluß standen und einige neu eingeleitet werden sollten. Doch hilft es nichts, darüber wehmütige Betrachtungen anzustellen. Jetzt gilt es, unentwegt das fernere Ziel im Auge zu behalten, den Verbandskollegen während und besonders nach Beendigung des Krieges zu möglichst günstigen Lohn- und Arbeitsverhältnissen zu verhelfen. Dafür heißt es jetzt schon alle Kräfte anspannen. Geradezu beschämend ist es, daß noch so vielfach solche, die nicht säen, von unseren Früchten miternten. Mit diesen, den Unorganisierten, dürfte nach dem Kriege doch ein ernsteres Wort geredet werden, wie vordem. Besonders unsere Kameraden, die monatelang draußen die Strapazen des Krieges durchgemacht haben, werden ihnen in eindringlichster Weise die Bedeutung und Notwendigkeit des solidarischen Zusammenhaltens klar zu machen wissen. Wie jetzt das ganze deutsche Volk aufgerufen wird, zur Mitarbeit für die Verteidigung des Vaterlandes, so muß auch jeder einzelne Berufscollege mitarbeiten zur Wahrung seiner Berufs- und Standesinteressen.

Weibliche Angestellte der Straßenbahnen.

In der Tagespresse mehrten sich die Stimmen, wonach die Verwaltungen mit den weiblichen Schaffnern angeblich sehr gute Erfahrungen gemacht hätten. Insbesondere wird ihre Geschicklichkeit und Anständigkeit gelobt. Wir haben gewiß keine Ursache, die guten Eigenschaften unserer neuen Kriegskolleginnen herabzusetzen, aber ein Urteil darüber abzugeben, ob sie sich im Dienst bewährt haben, oder nicht, ist heute noch gar nicht möglich, da noch gar keine Erfahrungen von längerer Dauer vorliegen. Wenn aber heute schon ein Urteil gefällt werden soll, dann mögen die Verwaltungen auch angeben, wieviel Schaffnerinnen eingestellt wurden, und wieviel den Anstrengungen nicht gewachsen waren, entlassen werden mußten, oder selbst wieder laufen gingen. Auch die Zahl der Erkrankten in dieser kurzen Zeit müßte veröffentlicht werden. Gehehrt dieses, dann sind wir, nach den von uns angestellten Beobachtungen gewiß, daß das Bild ein ganz anderes wird.

Sollten die bisherigen Veröffentlichungen nur den Zweck haben, neue Arbeitskräfte zu werben und auf die Fahrgäste einzuwirken, den Frauen anständig entgegenzukommen, ist in Anbetracht der tatsächlich in einem gewissen Grade bestehenden Angestelltenmangel jetzt keine scharfe Opposition möglich. Sollte sich aber die nicht ganz mit Unrecht anzutreffende Befürchtung, die jetzige Stimmungsmache zu Gunsten der Schaffnerinnen, würde nur gemacht, um die öffentliche Meinung auf diese Einrichtung, als eine dauernde, vorzubereiten, bewahrheiten, wird energisch dagegen Stellung zu nehmen sein.

Abgesehen davon, daß diejenige Arbeit, die zum Teil von Frauen verrichtet wird, sofort erheblich entwertet wird, ist die gewerksmäßige Arbeit der verheirateten Frauen, ein Krebsübel, welches am Mark des Volkes zehrt, infolgedessen, vom sozialen, volkswirtschaftlichen, wie auch sittlichen Standpunkte aus entschieden bekämpft werden muß.

Aus unseren Berufen.

Teuerungszulagen. Zu den Städten, an die vonseiten des Verbandes Eingaben um Gewährung von Teuerungszulagen gerichtet wurden, ist wieder eine weitere und zwar Barmen hinzu gekommen.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Unberechtigte Preistreiberien. Nach den amtlichen Aufzeichnungen an der Berliner Getreidebörse, die bekanntlich für das ganze Reich maßgebend ist, sind in den letzten Monaten dort bezahlt worden für:

		Weizen		
Monat		Getreide	Mehl	Spannung
Januar-März	1914	154	201	47
April-Juli	"	201	258	57
August	"	224	359	135
September	"	238	350	112
Oktober	"	257	360	103
November	"	260	366	106
Dezember	"	260	393	133
Januar	1915	262	419	157

		Roggen:		
Monat		Getreide	Mehl	Spannung
April-Juli	1914	164	220	56
August	"	194	294	100
September	"	212	294	82
Oktober	"	227	308	81
November	"	220	301	81
Dezember	"	220	316	96
Januar	1915	222	352	130

Aus dieser Aufstellung ergibt sich, daß die Spannung zwischen den Getreide- und Mehlpreisen bei beiden Sorten sich seit Kriegsbeginn um rund 175 Proz. bei Weizen und um 133 Proz. bei Roggen vergrößert hat. Angenommen, daß die Gesteungskosten der Großmühlen sich bedeutend erhöht haben, 100 Proz. Steigerung der Spannung bleibt immer zum mindestens noch bestehen. Ganz unberücksichtigt ist dabei geblieben der Mehrerdienst aus der stärkeren Ausmahlung des Getreides.

Hieraus ist es auch zu erklären, wenn die Großmühlen Aktien-Gesellschaften im vergangenen Jahre fast doppelt so hohe Dividenden ausschütteten konnten, wie im Vorjahre.

Es dürfte nun doch bald an der Zeit sein, diesen Preistreiberien einen kräftigen Riegel vorzuschieben.

In sehr starkem Mißverhältnis stehen auch die Höchstpreise für Getreide und die Brotpreise.

Die Spannung ist so hoch wie niemals vorher und in keiner Weise volkswirtschaftlich zu begründen oder zu rechtfertigen. Zwar hat die Kriegsgetreidegesellschaft in einer Sitzung am 27. März die Mehlpreise in Anlehnung an die geschlichen Höchstpreise für Getreide wesentlich herabgesetzt. Damit ist der bisherige Uebelstand aber nur zum Teil beseitigt. Die Herabsetzung der Mehlpreise nützt den Konsumenten nichts, wenn nicht auch die Brotpreise bedeutend heruntergehen. Die breiten Massen der Konsumenten fordern jetzt mit Recht eine Ermäßigung der Brotpreise im Kleinverkauf. Die Gemeindeverwaltungen und Preisbehörden haben jetzt die Verpflichtung, eine Herabsetzung der Brotpreise herbeizuführen. Nötigenfalls müssen die Gemeinden von ihrem Recht, Höchstpreise für Brot im Kleinhandel festzusetzen, Gebrauch machen. Bei der Teuerung aller sonstigen Lebensmittel ist es für die breiten Volksmassen von der größten Bedeutung, wenn sie wenigstens das Brot zu erschwinglichen Preisen haben können.

Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliche Rechtsfragen. In der vergangenen Session des Reichstages ist ein Antrag auf Abänderung des Reichsvereinsgesetzes beraten worden, der den Gewerkschaften größere Bewegungsfreiheiten bringen, insbesondere die Möglichkeit beseitigen sollte, sie als politische Vereine zu erklären. Die Regierung lehnte es jedoch ab, dem Antrag während der Kriegszeit stattzugeben. Dabei machte der Staatssekretär Dr. Delbrück Ausführungen, die auf eine prinzipielle Wandlung in der Stellung der Regierung zur Gewerkschaftsbewegung schließen lassen. Im Anschluß an seine ablehnende Äußerungen gegenüber dem vorliegenden Antrag sagte der Staatssekretär u. a. weiter:

„Wenn die Gewerkschaften sich darüber beklagen, daß sie zu Unrecht als politische Vereine angesehen werden, so hängt das wieder zusammen mit der tiefen Klust, die unser ganzes Volk auseinandergerissen und getrennt hat. Man hat darüber vielfach die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften verkannt und in ihnen nur politische Agitationsinstrumente bestimmter Parteien gesehen, während tatsächlich nach meiner Ueberzeugung die Gewerkschaften in erster Linie wirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, ohne die unser Wirtschaftsleben, — das hat uns der Krieg gezeigt — nicht mehr denkbar ist. Ich habe schon vor dem Kriege gesagt, daß die Gewerkschaften nicht den richtigen Platz in unserem Rechtsleben haben und daß es notwendig sei, hier die bessernde Hand anzulegen. Die Vorarbeiten darüber waren im Gange, als der Krieg ausbrach. Ob das Ziel einer besseren Rechtsstellung der Berufsvereine zur Erfüllung ihrer wirtschaftlichen und charitativen Aufgaben und die Sicherung eines Einflusses der Behörden, der bei voller Freiheit der Ausgestaltung ihrer Institutionen einen Mißbrauch der großen in den Gewerkschaften verkörperten Macht ausschließen soll, durch eine Abänderung des Reichsvereinsgesetzes oder zweckmäßiger durch ein eigenes Gewerkschaftsgesetz erreicht wird, wird später zu prüfen sein, wobei wir wohl auch darauf hoffen dürfen, daß ein großer Teil der Beschwerden der Gewerkschaften unter dem Eindruck dessen, was dieser Krieg uns gebracht und gelehrt hat, von selbst verschwinden wird.“

Daß von Regierungseite die wirtschaftliche Bedeutung der Gewerkschaften offen anerkannt wird, deren Aufgaben so wichtig sind, daß unser Wirtschaftsleben ohne sie nicht denkbar sei, dies sind vom Regierungstisch ganz ungewohnte Töne, die der Arbeiterbewegung eine bessere Würdigung in Zukunft erhoffen lassen. Die Andeutung des Staatssekretärs, daß die rechtliche Stellung der Gewerkschaften vielleicht durch ein besonderes Gewerkschaftsgesetz geregelt werden könnte, verdient besondere Beachtung. Eine solche Maßnahme würde vielleicht ganz neue Grundlagen für die wirtschaftliche Organisationsbetätigung der deutschen Arbeiter schaffen.

Rundschau.

Opferfreudigkeit im Felde. Unser Zentralvorstandsmitglied Kollege Werners-Düsseldorf teilt uns mit:

Vor kurzem sammelten wir im Schützengraben für die Familien unserer gefallenen Kameraden. Eine Anzahl gab sofort die ganze letzte Löhnung ab. Bei unserer Kompagnie wurden im ganzen 700 Mark gesammelt. Die Truppe besteht zur Hälfte aus Düsseldorfern und Arefeldern. Mit Freuden haben wir die Opfer gebracht.

Offentlich lassen sich die Kollegen, die noch daheim sind, sich in diesem Punkte von den Kollegen im Felde nicht beschämen.

Keine Ermäßigung der Kriegsunterstützungen. Ende April wäre die Zeit abgelaufen gewesen, für die den Kriegerfamilien die seit November gewährte höhere Unterstützung zugestanden hätte. Eine Ermäßigung der Unterstützung von Monat Mai ab wäre aber bestimmt von den Kriegerfamilien bei den heutigen teuren Lebensverhältnissen sehr hart empfunden worden. Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat das, wie wir bereits berichteten, in einer Eingabe an den Stellvertreter des Reichskanzlers des näheren begründet und um die Weitergewährung des in den Wintermonaten bezahlten Betrages gebeten.

Diesem Wunsche ist nun entsprochen worden. Am 19. März befaßte sich der Reichstag mit der Unterstützung und beschloß, daß die Winterunterstützung auch für die Sommermonate weiter gezahlt werde. Der Stellvertreter des Reichskanzlers, Herr Staatssekretär Dr. Delbrück, erklärte im Namen der Regierung:

„Wir sind auch bereit, die für die Sommermonate in Aussicht genommene Ermäßigung der Unterstützung fallen zu lassen, weil sie widersinnig sein würde nach der Entwicklung der Dinge. Wir werden dafür Sorge tragen, daß die für die Wintermonate gezahlte Unterstützung weiter gezahlt wird.“

Der Beschluß des Reichstages und die Zustimmung der Reichsregierung können im Interesse der wirklich bedürftigen Kriegerfamilien nur dankbar begrüßt werden.



Es starben den Heldentod für König und Vaterland unsere Mitglieder

Josef Schenkel

Düsseldorf, am 6. April im Lazarett zu Essen, infolge seiner in Frankreich erlittenen Verletzungen.

Ludwig Pfeifer

Cöln, am 15. Dezember im Lazarett in Vouziers am Typhus.

Josef Hertoch

Cöln,

Ernst Ohr

Cöln,

gefallen bei den Kämpfen in der Champagne.

Wir werden den tapfern Helden ein ehrendes Andenken bewahren.

Feldpostbriefe.

L. Nordfrankreich, 11. 4. 1915.

Werte Kollegen!

Schon über 8 Monate halten wir an der Ost und Westgrenze Wacht, um den Krieg, das Schrecklichste aller Schrecken vom heimatischen Boden abzuhalten. Bis jetzt ist uns diese schwere Aufgabe gelungen, abgesehen von einem kleinen Teil in Ostpreußen und den Vogesen, den die Feinde besetzt haben. Dafür halten wir aber 1/6 von Frankreich besetzt. Diese Taten waren nur möglich, weil sich die im Felde stehenden bewußt sind, was sie dem Vaterland schuldig sind. Ganz besonders die dem Arbeiter- und Angestelltenstande angehörenden Krieger wissen, (soweit sie aufgeklärt sind) was auf dem Spiele steht. Eine Zerstückelung Deutschlands, heißt für den Arbeiter Vernichtung aller sozialen Werte. Kein Land der Erde hat in den letzten Jahrzehnten soviel für die Arbeiter geschaffen, wie Deutschland, daß erkennen jetzt sogar diejenigen an, die bis dato entgegengesetzter Ansicht waren. Und weil dem so ist, entfalten die dem Arbeiterstande angehörenden Krieger einen unverzaglichen Mut, was schon höhererseits öfters anerkannt wurde. Inmitten diese Kämpfes, richten aber auch diese Kameraden ihre Blicke und Gedanken nach der Heimat, nach Weib und Kind, Eltern und Geschwister, Berufscollegen und auch der Organisation, von der sie zu Friedenszeiten und auch jetzt noch während des Krieges so manches Gute erhalten haben. Mit Behmut liest er in seinem Fachorgan, daß so und so viele Kollegen den Heldentod erlitten haben. Wie mag es zu Hause aussehen, wie in unserem Verufe, wie in der Organisation? Diese und ähnliche Gedanken schwirren ihnen durch den Kopf. Von seiner Familie erhält er so ziemlich günstige Nachrichten, auch aus seinem Verufe treffen zufriedene Nachrichten ein. Aber von seiner so lieb gewordenen Organisation erfährt er manches, was ihn nicht besonders erfreut, hier ist der Vorstehende eingezogen, dort der Kassierer und eine Anzahl Vertrauensleute.

Zentralverband der Gemeindearbeiter und Straßenbahner.

Gesamteinnahmen und Ausgaben im Jahre 1914.

Einnahmen	M.	Ausgaben	M.
An Kassabestand in der Hauptkasse	26517,10	per Unterstüzungen (Zentralf.)	M. 22958,64
An Kassabestand in den Ortsgruppen	7133,20	per Unterstüzungen (Lokalassen)	" 5938,94
An Aufnahmegebühren	614,00	per Verbandsorgan	5590,10
An Beiträge	66197,90	per Unkosten bei Lohnbewegungen	4660,15
An Extra- und Lokalbeiträge	13316,00	per Agitation u. Sekret. (Zentr.)	M. 8640,55
An Abonnementsgebühren	165,49	per Lokalsekretariat Cöln	" 2166,45
An Versicherungsbeiträge	226,80	per Agitation in den Ortsgruppen	" 191,68
An Zinsen	969,08	per Verwaltungskosten (Zentr.)	" 4111,73
An Broschüren	136,33	per Verwaltungskosten (Ortsgr.)	" 10545,11
An Kursgewinn	100,95	per Porto	331,07
An sonstige Einnahmen	331,21	per Bildungszwecke	183,98
		per Beitrag Gesamtverband	1403,19
		per Versicherungsbeiträge	1482,96
		per Beiträge zu den Ortskartellen	1929,13
		per Büroeinrichtungen	680,37
		per Witwenpension	200,00
		per Reisevorschuß an die Beamten	100,00
		per Delegationen	6,00
		per sonstige Ausgaben (Zentr.)	M. 13,14
		per sonstige Ausgaben (Ortsgr)	" 202,58
		per Zuschuß an die Ortsgruppen für 1915	291,51
		Kassabest. in der Hauptkasse	" 37258,52
		Kassabest. in den Lokalassen	" 6822,26
	115708,06		115708,06

Abchluß

Einnahmen	82057,76 Mf.
Ausgaben	71627,28 "
Mehreinnahme	10430,48 Mf.
Dazu Kassabestand 1913	33650,30 "
Ergibt Kassabestand	44080,78 Mf.

Vorstehenden Abchluß mit der Kasse, den Büchern und Belegen in Uebereinstimmung befunden.

Cöln, den 9. April 1915.

Die Revisoren:

Peter Wallraff, Joh. Dunkels.

Vermögensnachweis

Kassabestand (Zentral- und Lokalassen)	44080,78 Mf.
Reisevorschüsse	550,00 "
Büroeinrichtungen	3653,47 "
Gesamtvermögen	48284,25 Mf.

Nicht einbegriffen ist der Wert der vorhandenen Borräte an Formularen und Drucksachen sowie der Bibliotheken an der Zentrale und den Ortsgruppen.

Der verfügbare Kassabestand der Hauptkasse ist angelegt: 23000 Mf. auf der Sparkasse der Stadt Cöln, 3000 Mf. Hypothek auf das Gewerkschaftshaus in Cöln, 5000 Mf. Kriegsanleihe und 500 Mf. Anteil an der Gemeinnützigen Wohnungsbau V. G. zu Cöln, während der Rest zum Teil in baar vorhanden oder sich auf dem Postcheckkonto befindet.

Der Kassierer:

Heinr. Sidmann.

Mander, der durch rege Tätigkeit dieser Funktionäre bei der Stange gehalten wurde, findet jetzt einen Grund zur Flucht. Wir sind zu wenig, oder ich bin schon so lange nicht kassiert worden, sind die bekanten Ausreden. O, ihr Kleingläubigen überfällt Euch keine Scham, wenn Ihr an uns denkt, die wir in Feindesland unter den schwierigsten Verhältnisse, verbunden mit steter Todesgefahr auch für Eure Recht kämpfen? Ist daß der Dank, daß wir vor dem Kriege Tag und Nacht für die Hebung unseres Standes gearbeitet haben, wovon auch ihr die Vorteile genossen habt und noch weiter genießt? Lebt ihr keine Zeitung, worin die vielen Arbeiten verzeichnet sind, die von Seiten der Arbeiterorganisationen auch im Kriege geleistet werden? Will es euch nicht einleuchten, daß nach dem Kriege in manchen Berufen ein Ueberangebot von Arbeitskräften eintritt und somit die Gefahr be-

steht, daß die jetzigen bestehenden Verhältnisse verschlechtert werden können? Solltest auch du zu jenen pflichtvergessenen gehören, so kehre um, wenn du ausgetreten bist; werde eifrig, wann laue Gedanken bei dir auftauchen und bleibe ein treues Mitglied Deines Verbandes. Wenn dann einmal die Friedensglocken läuten und Ihr Euch anschickt, Siegestränze zu winden, fürwahr der schönste Kranz und Gruß ist der: „Wir haben euch die Treue bewahrt in unserer so lieb gewonnenen Organisation.“

Mit vielen Grüßen Euer Kollege C. Weder, Cöln.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Heinrich Sidmann;
Verlag: Peter Dedenbach, beide in Köln, Venloerwall 9.
Druck: Köln-Chrenfelder Handelsdruckerei, Klarastr. 9.